



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU und SPD

Umsteuern in der Personalpolitik sofort einleiten

Antrag Fraktion DIE LINKE – **Drs. 6/4357**

Der Landtag wolle beschließen:

Fachkräftegewinnung für den öffentlichen Dienst

Der Landtag stellt fest, dass die Gewinnung und Bindung künftiger Fachkräfte im öffentlichen Dienst, neben der Gestaltung einer schlanken und zukunftsfähigen Landesverwaltung, immer mehr an Bedeutung gewinnt. Für die Besetzung freier Stellen fehlen bereits heute ausreichend Bewerber.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die Stabilisierung des Personalbestandes durch eine frühzeitige Personalgewinnung und -bindung zu erreichen. Im Vordergrund muss die Ausbildung und bei erfolgreichem Abschluss die anschließende Übernahme in den Landesdienst stehen;
2. ein Konzept für eine Arbeitgebermarkenbildung (sogenanntes Employer-Branding) zu erstellen. Mit diesem Konzept soll das Land seine Attraktivität als Arbeitgeber verbessern. Dabei sind rationale und emotionale Attraktivitätsfaktoren zu erarbeiten. Auf einer familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung sollte dabei ein besonderer Schwerpunkt liegen;
3. im Sinne einer ressourcenschonenden und attraktiven Landesverwaltung ist die Nutzung von Heim- und Telearbeitsplätzen über das bisherige Maß hinaus anzuregen;
4. ein Wissensmanagement durch die Einführung eines Transfers von Wissen (Erfassung, Aufbereitung und Weitergabe von Wissen) auf nachfolgendes

(Ausgegeben am 16.09.2015)

Personal umzusetzen und so zum einen den Berufseinstieg zu erleichtern, aber auch Wissensverluste in der Landesverwaltung zu minimieren;

5. Leistungsverluste aufgrund des sinkenden Personalbestandes durch den Ausbau von qualitativen Komponenten innerhalb der Personalentwicklung auszugleichen. Insbesondere muss die berufliche Fortbildung der Beschäftigten ein fortwährender Prozess sein;
6. die bestehenden 550 Lehrerausbildungsplätze an den Hochschulen des Landes auf 700 Ausbildungsplätze zu erhöhen;
7. für das Schuljahr 2015/2016 20 Bewerber im Vorbereitungsdienst für das Lehramt im Rahmen der im Haushalt bestimmten Referendarstellen zu binden, bevor diese Hochschulabsolventen sich in andere Bundesländer orientieren;
8. im Rahmen einer erneuten Nachausbildungsoffensive Studienabgänger der Hochschulen an den Landesdienst zu binden und diese vordringlich in den Bedarfsbereichen des Landesverwaltungsamtes einzusetzen.

Begründung

Im Bereich der Fachkräftegewinnung steht der öffentliche Dienst in Konkurrenz mit privaten Unternehmen. Diese sehen sich bereits seit längerem mit dem Fachkräftemangel konfrontiert und reagieren darauf mit entsprechenden Maßnahmen zur Bindung junger Menschen. Dies erfolgt zumeist schon in der Schulausbildung bzw. während des Studiums.

Die schlechte Bewerberlage auf ausgeschriebene Stellen des Landes spiegelt sich in den immer wieder nicht ausgeschöpften Neueinstellungskorridoren der einzelnen Ressorts wieder. Das Land muss sich somit früher und auf neuen Wegen um die Bindung von Fachkräften bemühen und durch Maßnahmen wie Nachausbildungsoffensive Fachkräfte für künftige Einstellungen binden.

Der Prozess der Personalentwicklung verändert sich hin zu einer bedarfsorientierten Fachkräftegewinnung. Der alleinige Ruf nach mehr Personal übersieht die Lage auf dem bestehenden Fachkräftemarkt.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD